

# Strafauer Zeitung.

Nr. 272.

Mittwoch, den 26. November

1862.

Die „Strafauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abon-

VI. Jahrgang.

nementspreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Verseidung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Seite für 9 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Strafauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 29). Zusendungen werden franco erbeten. Redaktion: Nr. 423 an den Planen. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

## Amtlicher Theil.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 12. November d. J. dem Domherrn und Diözesan-Schulen-Ober-Aufseher in Sobien Alois Celiotta in Anerkennung seines verdienstlichen Wirkens namentlich für das Volksschulwesen das Alterkreuz des Franz Josephs-Ordens allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 20. November d. J. die bei dem künftländischen Ober-Landesgerichte eledigte Siedlung des Ober-Staatsanzaltwesens mit dem Range und Charakte eines Ober-Landesgerichtsrathes dem Rathes des Landesgerichtes in Triest Joseph Bagliazzu Colen v. Edelhaa in allernädigst zu verleihen geruht.

Se. f. l. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 11. November d. J. die von dem österreichischen Reichsforstvereine behufs seiner Rekonstituierung beschlossenen Änderungen der bisherigen Statuten auf Grund des vorgelegten und vom f. l. Handels- und Volkswirtschafts-Ministerium im Einvernehmen mit dem f. l. Staats- und Polizei-Ministerium rechtskräftig neuen Statuten-Entwurfes allernädigst zu genehmigen geruht.

Die Oberste Rechnungs-Controle-Behörde hat die Rechnungs-Offiziale der steiermärkischen Staatsbuchhaltung Franz, Grimm und Leopold Grann, dann den Rechnungs-Offizialen der kroatisch-slawischen Staatsbuchhaltung Joseph Köhler zu Rechnungsräthen im vereinigten Status der steiermärkischen Staatsbuchhaltung und des kroatisch-slawischen Staatsbuchhaltung-Rechnungs-Departementis ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 26. November.

Wenn England und Russland auch an der freundlichen Intervention in Nordamerika, welche Frankreich ihnen plausibel zu machen versucht bat, nicht Theil nehmen zu wollen erklärt haben, so läßt sich die Regierung des Kaisers, dessen „Reich des Friede“ ist, in ihrem „wohlwogenen und durch die Depeschen Russells und Gortsakow's durchaus nicht widerlegten“ Plane, jenseits des Oceans Frieden zu schließen, nicht irre machen, und Frankreich wird, wie der „Esprit Public“ für gewiß annimmt, nunmehr „allein, nach dem Mafe seiner Kraft und seines Einflusses, an einer Ausführung arbeiten, die durch den letzten Wahlsieg der Democren wahrscheinlich und schon nahe gerückt ist.“ Heute bringt der „Moniteur“ einen langen Bericht aus New-York vom 4. Nov. voll Anerkennung für McClellan's Conductor, der diesen beklagenswerthen Krieg nicht liebt, weil er sich nicht als blohen Strategiker des Kriegsschachbrettes und eine gute Schlächterei nicht als eine nach allen Regeln geführte Schlacht betrachte; er sei ein Democrat oder, was jetzt ganz daselbe bedeute, ein Conservativer und werde deshalb nicht gegen Lee vorgehen. Dass McClellan inzwischen des Ober-Commando's enthoben und Burnside an seine Stelle getreten ist, registriert das „Moniteur“-Bulletin ohne weitere Bemerkung.

Die „Times“ sagt in einem Artikel über die Absetzung McClellan's, daß der General nicht wegen seiner angeblichen militärischen Unfähigkeit, sondern als Opfer politischer Partei-Leidenschaft gefallen sei. Die Times erblüht in diesem Schritte der Regierung die erste Wirkung der neulichen Wahlen und nennt McClellan einen conservativen Martyrer.

Nach dem „Constitutionnel“ vom 24. d. entbehrt die Mittheilung auswärtiger Blätter von einer zweiten Note Drouyn de Lhuys in Bezug auf Amerika's jeder Begründung.

Nach dem „Liverpool-Mercury“ sind neuerdings Depeschen von Mr. Ward (Nordamerikanischer Minister des Auswärtigen) an Mr. Adams in London angekommen; darin soll die Britische Regierung aufgefordert worden sein, das Absegeln gewisser ihr bezeichnete Schiffe aus Englischen Häfen zu verhindern. Aus Liverpool ist unlängst der Dampfer „Nicolai I.“, vorgeblich nach St. Thomas abgesegelt, aber in Wirklichkeit mit der Bestimmung, eine ungeheure Quantität Munition durch die Blockade zu schmuggeln. Drei andere Schiffe mit ähnlichen Ladungen und gleicher Bestimmung sind am Freitag von Liverpool abgegangen.

Wie man der „A. B.“ aus Paris schreibt, hat Herr Drouyn de Lhuys sich officiel an die englische Regierung mit der Bitte um Aufklärung über die anscheinend so zweideutige Politik Lord J. Russell's in der griechischen Frage gewandt. Nächsten Dienstag soll im englischen Ministerrathe diese Angelegenheit zur Verhandlung kommen, und es hängt, daß Herr Drouyn de Lhuys nächstens Mittwoch schon von Compiegne zurückkommen werde, um die gewünschte Antwort aus dem Munde Lord Cowley's zu vernehmen.

Der Mittheilung eines Pariser Correspondenten der „A. B.“ zufolge, soll das ganze französische Militärmengeschwader nach den griechischen Gewässern abgehen. Die piemontesische Regierung beabsichtigt, ebenfalls mehrere Schiffe dorthin zu senden.

Bei der vor einigen Tagen in der Zweiten Kammer der Niederländischen Generalstaaten erfolgten Berathung des Budgets des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten sind von Seiten mehrerer Mitglieder wieder einmal „Beschwerden“ darüber erhoben worden, daß die Regierung noch immer keine Schritte gethan habe, um die „Auflösung der Bande, welche Limburg an den Deutschen Bund knüpfen“, zu erlangen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erwiderete: die Regierung sei von der Notwendigkeit dieser Trennung (losmaking) überzeugt, und sei: werde denn auch, sobald die Gelegenheit sich darbiete, alles Mögliche thun, um in diesen Stand der Sache eine Veränderung zu bringen.

Correspondenz-Berichte aus Frankfurt melden, daß Österreich und Preußen be-eits in einem vorläufigen Berichte an den Bundestag erklärt haben, daß sie in Folge der Zurückweisung ihrer legten in Kopenhagen gemachten Vorschläge das ihnen vom Bunde in der deutsch-dänischen Frage übertragene Mandat als eiledigt ansehen und der Bund jetzt weitere Entschlüsse zu treffen habe. Man erwartet demnächst einen gemeinsamen Antrag Österreichs und Preußens zur Herbeiführung dieser Entschlüsse.

Nach der „Kreuzzeit.“ ist von Berlin eine, mit der Reckberg'schen Note fast gleichlautende Antwort auf Russells Vorschläge bezüglich der dänischen Frage abgegangen.

Die „S. E.“ schreibt: „Ein Berliner Blatt erzählt von einer aus Wien nach Paris abgeschickten Es-

klärung, bezüglich des Zürcher Friedens. Wir bezweifeln sehr, daß dieser Friedensvertrag in jüngster Zeit Gegenstand von Verhandlungen zwischen Wien und Paris gewesen ist.“

Die päpstliche Polizei hat kürzlich in Folge der Geständniss eines früher eingezogenen Führers der Revolutionspartei mehrere Verhaftungen und Haussuchungen in Rom vorgenommen, welche zu wichtigen Entdeckungen führten. Bei einem gewissen Placide fand man eine Menge Briefe, Proclamationen, Flugschriften, Waffen und Munition. Unter den Papieren befinden sich Documente, welche die in Turin angeponnenen Machinationen in ein helles Licht sehen. Die päpstliche Regierung wird seiner Zeit geeigneten Orts davon Gebrauch machen.

Die seit längerer Zeit erwartete Broschüre des Herrn Hubaine, Secrétaire des Prinzen Napoleon, führt den Titel: „Le gouvernement temporel des papes jugé par la diplomatie française“ und enthält außer einem kurzen Vorworte des Herrn Hubaine nur eine Reihe von diplomatischen Actenstücken, von denen die wesentlichsten und interessantesten schon aus der letzten Rede des Prinzen Napoleon im Senate bekannt sind. In dieser Vorrede wird als einziger Zweck der Veröffentlichung angeführt, Denen, die sich mit der römischen Frage beschäftigen, ein noch nicht herausgegebenes Material von unbestreitbarer Authentizität zur Verfügung zu stellen. „Alle Staatsmänner der alten Monarchie, wird weiter bemerkt, des ersten Kaiserreichs, das die Altäre wieder aufgerichtet, selbst die der Restauration, die man nicht der Irreligion beschuldigen wird, alle erklären, daß ein solches Regiment nicht fortduern kann und daß es eine Gefahr für den Katholizismus ist.“ (?) „Wir hegen die Überzeugung, daß das nämliche Urtheil von Denen gefällt werden wird, welche diese Documente ohne vorgesetzte Meinung lesen, einzigt mit dem Wunsche, ihr Gewissen über eine Frage aufzuklären, welche der Partegeist vergeblich zu verdunkeln sucht, indem er absichtlich das Geistliche und Religiöse mit dem ausschließlich Weltlichen und Positiv vermengt.“ In diesem Bohnsinne ist nicht einmal Methode!

Die Broschüre des Prinzen Napoleon, schreibt man der „A. B.“ aus Paris, macht böses Blut in der päpstlichen Partei. Herr Drouyn de Lhuys verlangt von dem Kaiser eine Desavouirung dieses Schriftstücks durch den Moniteur. — Ein Senator hat sich an das Ministerium des Auswärtigen mit der Bitte gewandt, in den Archiven die Documente der französischen Diplomatie zu Gunsten der weltlichen Herrschaft zusammen zu dürfen, wie Prinz Napoleon diejenigen, welche derselben ungünstig sind. Es soll übrigens ein Nachtrag zu der Broschüre erscheinen, welcher die Urtheile des französischen Episcopats, von Bossuet angefangen, gegen die weltliche Herrschaft enthalten würde. Der Herzog von Belluno wird ebenfalls, wenn er die nachgesuchte Erlaubniß erhält, eine clerical gesetzte Broschüre veröffentlichen.

Die „France“ nennt heute die „unter den Auspicien des Prinzen Napoleon erschienene Broschüre“ einen „Anklage-Act“ gegen den römischen Stuhl!. Sie will sich für den Augenblick nicht weiter darüber auslassen,

nur meint sie, daß diese Broschüre gewisse Unvollkommenheiten in der päpstlichen Regierung constatiere, daß Frankreich deshalb auch immer Reformen anempfohlen habe, daß man deshalb aber nicht den Schlüß ziehen dürfe, daß die weltliche Herrschaft des Papstes in Rom vernichtet werden müsse, die so innig verbunden sei mit der Größe Frankreichs, mit dem Interesse der Religion und dem europäischen Gleichgewichte.

Den Gerüchten gegenüber, welche in Paris von dem Bevorstehen einer Demission des Ministeriums Ratazzi verbreitet waren, bemüht die „France“, daß, falls dasselbe wirklich ein Misstrauensvotum erhalten sollte, dies sem eher eine Auflösung der Kammer als ein Rücktritt des Gabinetes folgen würde.

Mirko Petrovich, der montenegrinische Senats-Präsident und Vater des Fürsten Nikolaus gedenkt nach der „S. E.“ jedenfalls diesen Winter über in Petersburg zu verbleiben. Er soll, um durch seine fertere Anwesenheit in Sankt-Petersburg eventuell nicht Veranlassung zu Zwistigkeiten zu bieten, diesen Entschluß gefaßt haben, dem indeß fremder Rath nicht fernstehen dürfte. Er führt sein ganzes, sich etwa auf 10,000 Ducaten belaufendes Privatevermögen in Gold mit sich, um es im Auslande sicher unterzubringen. — Wenn er überhaupt für Wien Aufträge hat, so beziehen sich diese vorzüglich nur auf den Grenzverkehr mit der Bocca di Cattaro und die von letzterer Stadt nach Sankt-Petersburg zu leitende Telegraphenlinie, zu welcher Seitens der dortigen Telegraphendirection die nötigen Utensilien mittels Privatvertrag geliefert werden. Die Gesamtkosten belaufen sich exclusive der Holzpfähle auf circa 5000 fl.

Einem Briefe aus Mexico vom 19. d. in der „Epocha“ zufolge hatten die Bevollmächtigten Preußens und Belgien gegen die Ausweisung eines Franzosen protestet. Man glaubt, daß auch der Belgaße Gesandte in Folge starker Auszehrungen, die er dem Mexicanischen Minister der Auswärtigen gegenüber gehabt hat, ausgevielen worden ist.

In der Antwort Preußens auf die Einladung der königl. bayerischen Regierung zu der Anfangs Januar f. Jahres zu München abzuhaltenen 15. Generalconferenz von Bevollmächtigten sämtlicher Böllerungs-Regierungen, ist der Punkt der Vorschläge Österreichs auffallender Weise ganz mit Stilswielen übergegangen. Einem Artikel der „Donaupost“ entnehmen wir nun, daß die bayerische Regierung in ihrer an sämtliche Böllerungs-Regierungen ergangen Einladung zu dieser Generalconferenz die österreichischen Vorschläge ausdrücklich als einen der Gesetze zu pflegenden Verhandlungen aufgeführt hatte. Wenn nun abr. Baiern, das voraussichtlich das bei nicht allein stehen wird, beantragt, bei der Generalconferenz über die österreichischen Vorschläge in Verhandlung zu treten, so macht es nur von dem guten Rechte Gebrauch, welches ihm kraft Artikel 34 der Böllerungsverträge wie jedem anderen Böllerungsstaate zusteht, und auf welches es sich auch in seiner Einladung mit Berufung auf den genannten Artikel gestützt

## Feuilleton.

### Aus der Krakauer Gelehrten-Gesellschaft.

Das Präsidium der Krakauer Gelehrten-Gesellschaft veröffentlicht folgendes:

Die bei uns in Krakau im Jahre 1858 veranstaltete Ausstellung der Denkmäler der Kunst und Vergangenheit hat ihren Ruf in der wissenschaftlichen Welt gewonnen; ein Catalog der in ihr gesammelten Gegenstände ist willkommen; so umfangreich indessen, wie er sein mußte, konnte er zur Zeit der Ausstellung nicht hergestellt werden, ja selbst lange nach der Schließung traf eine vollständige Systemisirung derselben auf Schwierigkeiten, welche zu beseitigen die Gesellschaft nicht in der Lage war.

Seit einiger Zeit jedoch ruht der Catalog bereits in den Archiven der Gesellschaft und da mehrfach an uns die Mahnung ergangen, dieses Inventar vaterländischer Denkmäler in den Druck zu legen, so haben wir beschlossen, diesem Verlangen auf die nachfolgend angegebene Weise Genüge zu leisten.

Da die Gesellschaft mit ihren künstlichen Fonds die

Kosten derartiger Publicationen nicht zu bestreiten vermöge, so wenden wir uns daher an die geehrten Männer der vaterländischen Literatur und an die H. Verlagsbuchhändler mit der Erklärung, daß wir bereit sind, das Manuscript des Catalogs einer Privat-Unternehmung zu übergeben, wobei wir uns die unentgegnetliche Verabfolgung von nur 100 Exemplaren vorbehalten, theils für Institute, mit denen unsere Gesellschaft in wissenschaftlicher Verbindung steht, theils zum Verkauf im Buchhändlerpreise für den Zweck einer Vermehrung der erschöpften und zur Unterstützung ihrer speziellen Zwecke nothwendigen Fonds der Section für Künste und Archäologie.

Der Catalog ist mehr oder weniger ähnlich dem Warschauer aus der in Warschau 1856 eingerichteten Ausstellung redigirt. Die Redaction derselben ist, so weit es die während der Ausstellung versammelten Kräfte der Gesellschaft erlaubten, ausreichend; unseres Dafürhaltens läßt er sich, so wie er ist, als eine Fortsetzung des Warschauer Catalogs betrachten und ist bei der Veröffentlichung der Form jenes anzupassen. Unsrer Manuscript wird dem Anschein nach zwei solche Theile umfassen, wie einer auf 354 Seiten die Arbeit der Warschauer Collegen darstellt.

Zur Ausstattung der Ausgabe offeriren wir unentgeldlich 15 in der Wiener Hof-Xylographie sauber ausgeführte Holzsätze.

Der Catalog der Krakauer Ausstellung wird die

Beschreibung von 3437 Objecten umfassen. Die einzelnen Rubriken desselben sind folgende:

- a) Gegenstände aus den heidnischen Zeiten, beschrieben von Karl Rogawski, 440 Exemplare.
- b) Hieb- und Stoßwaffen, beschriben von Joseph Lepkowski, 306 Exemplare.
- c) Schußwaffen, von Lucian Siemieniński und Gustav Czernicki, 186 Exemplare.
- d) Rüstungen, v. Gustav Czernicki, 75 Exemplare.
- e) Kriegsgezeug, v. Joseph Gąboczyński, 83 Ex.
- f) Hausgeräth und Zierrath, von Hypolit Serocki, 121 Exemplare.
- g) Kunstgegenstände, von Franz Paszkowski, 243 Exemplare.
- h) Silberne und goldene Gesäße und Schmuck, v. Karl Kremer, 258 Exemplare.
- i) Uhren, v. verst. Joseph Maćzynski, 23 Ex.
- k) Ueberbleibsel der Vorzeit von Glas, Porzellan, Thon, v. Hochw. Eugen Janota, 125 Exemplare.
- l) Gobelins, Tapische, Divane, Ueberwürfe, von Graf Józef in Saluski, 57 Exemplare.
- m) Kirchen-Geräthschaften, Apparate und Inkunabeln, v. Hochw. Adam Jakubowski unter Beistand Sr. Hochw. Valerians Serwatowskii, 53 Exemplare.
- n) Münzen, Medaillen, Siegel, v. Dr. Theophil Zembrzowski, 313 Exemplare.
- o) Handschriftliche Denkmäler, v. Zegota (Ignaz Pauli), 638 Exemplare.

o) Holz- und Kupferstiche, Zeichnungen und Landkarten, von demselben, 519 Exemplare.

Außerdem verfaßte der verstorbene Präses der archäologischen Section Karl Kremer nebst Josef Lepkowski einen Bericht über die administrative Thätigkeit der Ausstellung nebst Berechnung der Einkünfte, Kosten und Vertheilung des Nettoeinkommens. Karl Rogawski brachte wiederum den von obigen Mitgliedern referirten Catalog in Ordnung, indem er die beschriebenen Gegenstände in die gehörigen Rubriken einschaltete.

Die Rubrik der Stiche und schriftlichen Ueberkommisse gibt der Arbeit eine größere Ausdehnung als sie der Warschauer Catalog hatte und übertrifft die gebührende Wichtigkeit Angesichts der zahlreichen Arbeiter auf dem Gebiete der Geschichte und schönen Künste. Sogar können der Inhalt der 638 in der Ausstellung gewesenen Manuscript-Denkmalen und die Schilderung der 514 Stiche besondere Publicationen bilden, welche ihre eigenen Reiter finden, falls Auszüge aus dem allgemeinen Cataloge verkauft würden. Zu der den Inhalten von den 564 der Reihe nach mit dem XIII. Jahrhundert beginnenden Diplomen umfassenden Abtheilung könnte die Gesellschaft nach besonderem Vertrag mit dem Verleger 72 Privilegien hinzufügen, welche als die wichtigsten von den in der Ausstellung vorhandenen Exemplaren dem Wortlaut nach ganz kopiert werden.

hat. Dieser Artikel 34 führt in seiner lit. d unter diesen namentlich auf: „Die Verhandlungen über Änderungen des Zollgesetzes, des Zolltarifs, der Zoll-Ordnung und der Verwaltungs-Organisation, welche von einem der contrahirenden Staaten in Antrag gebracht werden, überhaupt über die zweckmäßige Entwicklung und Ausbildung des gemeinsamen Zoll- und Handelsystems.“ Dass aber die Vorschläge Österreichs und der darauf bezügliche Antrag Bayerns in der That in die Kategorie derjenigen gehören, welche in der in ihrem Wörterlaut angeführten Stelle des Art. 34 aufgezählt sind, dass es sich dabei wirklich um „zweckmäßige Entwicklung und Ausbildung des gemeinsamen Zoll- und Handelsystems“ handelt, wird auch der kühnsten Sophistik zu widerlegen unmöglich sein.

### Verhandlungen des Reichsrathes.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten am 24. Nov.

Se. Excellenz der Herr Handelsminister wird die in der letzten Sitzung gestellte Interpellation Mende, die Concession zur Führung neuer Eisenbahnen betreffend, in einer der nächsten Sitzungen beantworten.

Van der Straß als Ausschussberichterstatter über die zwischen den beiden Häusern des Reichsrathes noch obwaltenden Differenzen und die über dieselben vereinbarten Anträge der gemischten Commission.

Die Differenzen beziehen sich auf §§. 4, 14, 17, 37 und 38.

Angenommen wurde §. 4 nach der Fassung des Herrenhauses, wie folgt:

„Wenn eine der im §. 1 bezeichneten Personen ihre Zahlungen einstellt, so hat sie dies . . . , so wie auch ihre Bilanz des lichtvorhergegangenen Jahres beizubringen, für welches dieselbe bei gehöriger Geschäftsführung zur Zeit der Anzeige nach dem Handelsgebrauche bereits vollendet sein soll.“

§. 14 ebenfalls nach der Fassung des Herrenhauses. Die angenommene Veränderung lautet:

„Während der Dauer des Ausgleichsverfahrens kann zwar ein gegen den Schuldner bereits vorgenommener Personalarrest so: tgesetzt werden; allein die Vollzugsetzung eines schon früher bewilligten executiven Personalarrestes oder eine neue Bewilligung derselben wegen der bei Einleitung des Ausgleichsverfahrens bereits bestandenen Schulden ist nicht zulässig.“

Zu §. 17 wurde eine veränderte Fassung beliebt: „Kostbarkeiten, Wertpapiere und das vorhandenebare Geld können gerichtlich erlegt werden. Werden derlei Gegenstände von dem Ausschuss der Verwahrung des Gerichtscommissärs überlassen, so tritt die in dem §. 7 der Kaiserlichen Verordnung vom 12. März 1859, Nr. 46 R. G. B., ausgesprochene Haftung des Staatschages nicht ein.“

Eben so zu §. 37:

„Auch kann die Ausgleichsmasse nur nach vollständiger Befriedigung der durch den Ausgleich begründeten Ansprüche für andere Forderungen verwendet werden.“

§. 38 wurde nach der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen. (Er handelt von Anmeldungen zum Concuse.)

An der Discussion beteiligten sich Grünwald, der

in §. 17 den Beschluss des Hauses aufrecht erhalten

wissen will; Hawella gegen Grünwald und für den

Antrag der gemischten Commission.

Der Gesetzentwurf über das Ausgleichsverfahren wurde in dritter Lesung angenommen.

Das Haus schritt zur Spezialdebatte über das Gebührengesetz resp. über Tarifpost 113 (Verpflichtungsbestimmungen) und die zu derselben gestellten Anträge, namentlich den Antrag Brosche.

Brosche befürwortet jetzt einen einschlägigen, von der Wiener Kaufmannschaft in einer von Se. Excellenz den Herrn Finanzminister gerichteten Petition ausgesprochenen Vermittlungsvorschlag.

Snida vertheidigt den Antrag Brosche.

Se. Excellenz der Herr Finanzminister sieht den Unterschied des Antrages Brosche und der Petition der Wiener Kaufmannschaft auseinander und legt die eventuellen fiskalischen Resultate der verschiedenen Anträge dar.

Der Antrag Brosche wird abgelehnt, der Ausschusshandlung angenommen, eben so ein jüngst gestellter Zusatzantrag des Herrn Finanzministers zu §. 2, der nun als §. 17 eingereicht wird.

Berichterstatter Dr. Öfnertheilt hierauf noch die vom Ausschusse vorgenommenen verschiedenen stilistischen Aenderungen mit.

Finanzminister v. Plener: Tarifpost 60 lautet in dem Absatz 2: „die Zahlungsanweisungen der privil. öster. Creditanstalt und der Wiener Commercialbank (Cheques).“ „Über den Antrag, der bei Beratung dieser Post von mir gestellt wurde, hat das h. Haus beschlossen, die hier enthaltene Gebührenpflicht auch auf die Anweisungen der ungarnischen Bodencreditanstalt auszudehnen. Nun scheint es mir zweckmässiger, diese Tarifpost in einer Weise zu schaffen und allgemein zu halten, dass die Gattung Zahlungsanweisungen, um welche es sich hier handelt, nämlich die Cheques, bezeichnet werde und die Aufzählung der einzelnen Anstalten, welche berechtigt sind und noch berechtigt werden sollen, solche Urkunden auszustellen, unterbleibe.“

Denn nebst den hier aufgeführten Anstalten dürften später noch andere derlei Urkunden auszustellen berechtigt werden. Es ist daher angemessener, wenn man sich in eine Kasuistik nicht einlässt. Ich würde mir daher den Antrag erlauben, dass die Tarifpost 60, Absatz 2 blos zu lauten hätte: „Cheques, d. i. Anweisungen auf die zur Uebernahme von Geld für fremde Rechnung statutenmäßig berechtigten Anstalten.“ Hier greift man nicht in die Frage ein, welche Anstalten und in wie weit sie dazu berechtigt sind, sondern man gibt die Sache der Gattung nach bezeichnend an. Ich würde daher dem hohen Hause diese Fassung zur Annahme empfehlen, indem ich nur noch befüge, dass in der Sache gar keine Aenderung des früher gefassten Beschlusses eintritt. Selbstverständlich ändern sich dadurch die bezüglichen Tarifposten: 32, 2, e) und Tarifpost 101, I, A, f), soweit die Tarifposten Aufzählungen der Anstalten enthalten. Die Tarifpost 32, 2, e) würde dann lauten: „auf die Anweisungen der öster. privil. Nationalbank und auf die Cheques.“ S. Tarifpost 60, 2. Die Tarifpost 101, I, A, f) würde lauten: „Cheques. S. Post 60, 2 der geänderten Tarifbestimmungen.“ Und bei dem Schlagworte „Cheques“ würde es dann lauten: „S. Post 60, 2 und 32, 2, e) der geänderten Tarifbestimmungen.“

Berichterstatter Dr. Öfner erklärt sich mit dieser Stylistur einverstanden. Das Haus tritt dem Antrage des Finanzministers bei. Ebenso werden sämtliche vom Ausschusse vorgenommenen stilistischen Aenderungen angenommen.

Berichterstatter Dr. Öfner beantragt die dritte Lesung vorzunehmen, und wird das Gesetz mit den Säulen 1, 2, 3 und den Vorerinnerungen zum Tarif als Ganzes in dritter Lesung endgültig zum Beschluss erhoben.

Dr. Lachek begründet seinen, wie folgt, lautenden Antrag: „Ein hohes Haus wolle beschließen, die k. k. Regierung werde aufgefordert, in kürzester Frist eine neue Auflage des Tarifes zu veranlassen, in welcher sowohl die geänderten, als auch die nicht geänderten Tarifbestimmungen in alphabetischer Ordnung aufgeführt werden.“ dem Hause zur Annahme zu empfehlen.

Der Antrag Brosche wird in Folge einer vom Herrn Finanzminister abgegebenen Erklärung, dass die Finanzverwaltung, beziehungsweise die Regierung sich enthalten wird, eine Auflage zu machen, welche die Eigenschaft einer legislatorischen Arbeit hätte, abgelehnt.

Der Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage in Betreff der directen Steuern lautet, wie folgt:

Der Ausschuss war vor Allem der Ansicht, dass die unausweichlich gebotene Notwendigkeit, alle Steuerkräfte des Reiches nach ihrer Leistungsfähigkeit zur Deckung der Staatsbedürfnisse heranzuziehen, so klar sei, dass diesfalls eine besondere Begründung wohl kaum erforderlich sein dürfte.

Bereits bei den Verhandlungen aus Anlass der für das Berwaltungsjahr 1862 beantragten Erhöhung der directen Steuern wurde dies beinahe durchwegs anerkannt und die damals hervorgehobenen Gründe gelten jetzt in noch verstärktem Maße.

Seit jener Zeit wurden, um die Einnahmen des Staates zu mehren, die Branntweinsteuer, die Zuck-

steuer, die Steuer für geistige Güttigkeiten in geschlossenen Städten ausgiebig erhöht und durch das eben in Beratung befindliche Gebührengesetz soll dem Staatsäcker eine bedeutende Mehreinnahme zugeschrieben werden.

Es scheint daher nur gerecht, dass auch die sogenannten directen Steuern in entsprechender Weise erhöht werden.

Die Regierung beantragt bezüglich der einzelnen Steuern dieselben Erhöhungen, welche in der für das Jahr 1862 gebrachten Vorlage projectirt waren, und welche in dem Berichte des Finanzausschusses für das Jahr 1862 näher erörtert wurden.

Nach derselben soll nämlich bei der Grundsteuer der Zuschlag um  $\frac{1}{12}$  des Ordinariums erhöht, bei der Hausklassen-, Erwerbs- und Einkommensteuer hingegen der Kriegszuschlag vom Jahre 1859 verdoppelt und dem entsprechend der Zuschlag zu der von den Coupons der Staats- und Fondsbölligationen entfallenden, bisher mit 5 Prozent eingehobenen Einkommensteuer auf 2 Prozent festgesetzt werden.

Die Hauszinssteuer soll nach dem Regierungsantrage von jeder Erhöhung befreit bleiben.

Nach diesem Antrage betrifft die gesamte Erhöhung in runder Summe 18½ Millionen.

Der Ausschuss glaubt, sich diesem Antrage nicht anzuschliessen zu können. Wenn auch nicht verkannt wird, dass die verschiedenen directen Steuern keineswegs gleichmässig die Steuerträger treffen und eine Revision, ja auch theilweise Reform derselben dringend geboten ist, um all diesen Ungleichmässigkeiten ein Ende zu machen, so zeigten sich doch schon bei den letzten diesjährigen Verhandlungen im Hause der Abgeordneten so divergirende Ansichten darüber, welche Steuern vor Allem und in welchem Maße dieselben einer Erhöhung fähig seien, dass es, um nicht zu den schon bestehenden, theils durch fehlerhafte Steuerprincipien, theils durch mangelhafte Durchführung derselben herbeigesührten Ungerechtigkeiten noch neue hinzuzufügen, am zweckentsprechendsten erschien, sämtliche Steuern der Erhöhung zu unterziehen, und zwar nach einem möglichst gleichmässigen Massstab. Hierzu bietet nun der im Jahre 1859 aufgelegte Zuschlag die geeignete Grundlage und der Ausschuss beantragt, denselben bei der Grundsteuer, der Hauszinssteuer, der Hausklassensteuer, der Erwerbssteuer und der Einkommensteuer zu verdoppeln, von den Zinsen aber der Staats- und Fondsbölligationen, deren Einkommensteuer im Jahre 1859 auf dem ursprünglichen Sate von 5 Percent belassen worden war, die nunmehr von dem sonstigen Einkommen aus Kapitalien entfallende Steuer mit 2 Percent Zuschlag, daher im Ganzen mit 7 Percent in Abzug zu bringen.

Nach diesem Antrage würde die Steuererhöhung im Ganzen eine Mehreinnahme von rund 15½ Mill.

herbeigeschriften.

Nur eine Minorität von 5 Stimmen war der Ansicht, dass die Grund- und Hauszinssteuer blos um  $\frac{1}{12}$  des Ordinariums anstatt der von der Majorität des Ausschusses beantragten  $\frac{1}{12}$  des Ordinariums betragenden Verdopplung des 1859er Zuschlages erhöht werden sollte, und behielt sich vor, diesfalls dem Hause ein Minoritätsvotum vorzulegen.

Die im §. 2 der Regierungsvorlage enthaltene Bestimmung wegen Errichtung von Landescommissarien, um in Fällen der Zahlungsunvermögen von Sicherheitspflögen, unter gewissen Bedingungen eine Befreiung von der gegenwärtig zu bestimmenden Steuererhöhung gewähren zu können, glaubte der Ausschuss der Annahme des hohen Hauses nicht empfehlen zu können, indem einerseits die diesfalls in jedem einzeln Falle zu führende Untersuchung mit dem damit verbundenen Zeits- und Kostenaufwand und dem möglichen Resultate in keinem Verhältnisse stünde und der beabsichtigte Zweck doch nicht erreicht würde.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die im §. 2 der Regierungsvorlage enthaltene Bestimmung wegen Errichtung von Landescommissarien, um in Fällen der Zahlungsunvermögen von Sicherheitspflögen, unter gewissen Bedingungen eine Befreiung von der gegenwärtig zu bestimmenden Steuererhöhung gewähren zu können, glaubte der Ausschuss der Annahme des hohen Hauses nicht empfehlen zu können, indem einerseits die diesfalls in jedem einzeln Falle zu führende Untersuchung mit dem damit verbundenen Zeits- und Kostenaufwand und dem möglichen Resultate in keinem Verhältnisse stünde und der beabsichtigte Zweck doch nicht erreicht würde.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird, ihren Gläubigern nicht der Sperzentigen Einkommensteuer auch den Sperzentigen Zuschlag zu derselben in Abzug zu bringen, ist wohl dazu geeignet, die bereits ursprünglich mit dieser Verfügung verbundenen Unzulänglichkeiten noch gresser hervortreten zu lassen; insolange jedoch das in dieser Verfügung ruhende Princip nicht geändert wird, ist es dennoch ein Gebot der Consequenz, dieselbe auch auf die Erhöhung der Steuer auszudehnen, und der Ausschuss beantragt die Annahme dieser Bestimmung.

Die Bestimmung des §. 3, nach welchem den Hypothekarschuldern mit Bezug auf die Erhöhung der Steuern auch das Recht eingeräumt wird,

bei Sr. Majestät Audienz und geht nächster Tage nach London.

Graf Wille-Brahe, der frühere dänische Gesandte am hiesigen Hofe, wurde heute von Sr. Majestät dem Kaiser in einer Audienz empfangen. Der Graf lebt seit der Zeit, als sein Nachfolger Herr von Müllow den dänischen Gesandtschaftsposten am hiesigen Hofe übernahm, als Privatier in Wien.

Se. Exc. der H. Staatsminister R. v. Schmerling hat die Ernennung zum Ehrenmitglied der Genossenschaft bildender Künstler Wiens angenommen und dem Vorstande Herrn Architekt Stache, den Herren Maier Brunner und Bildhauer Mittalechner, als Deputation der Genossenschaft, die aufmunternde Zusage gemacht, der Förderung der bildenden Kunst seine volle Aufmerksamkeit und Theilnahme widmen zu wollen.

Die diplomatischen Vertreter Frankreichs und Russlands am hiesigen Hofe sollen die Regierung wegen des für Ungarn erflossenen Amnestieacts beglückwünscht haben.

Die „Presse“ vernimmt, daß „ein umfassender Amnestie-Akt auch für die außerungarischen Theile der Monarchie vorbereitet wird.“

Die Vermählung der Baronin Helene Sina de Hodos und Kizdia mit dem Fürsten Ypsilanti hat vorgestern Mittags in der griechischen Kirche stattgefunden. Fürst und Fürstin Ypsilanti sind vorgestern Abends 5 Uhr mit Separatzug auf das Gut Eichhorn über Brünn abgereist, bleibt dort bei 14 Tagen, kommen dann wieder nach Wien und reisen sodann nach Benedig. Das Gut Eichhorn erhält die Prinzessin zur Aussteuer. Nach der Vermählung hat im Palais Sina Familienbieder stattgefunden.

Aus München ist Baron Mirbach hier angekommen, um im Interesse sehr zahlreicher ausländischer Bank-Aktionäre sich den von der Bankverwaltung beim Herrenhause verlochten Schritten anzuschließen.

Vor einigen Tagen war in Wien bekanntlich die Nachricht verbreitet, daß eine Vertrauenperson des Papstes in Wien eingetroffen sei, um wegen Revision des Concordats, insbesondere wegen Feststellung einiger schwankenden Auslegungen dieses Gesetzes zu unterhandeln. Da die Anwendung der Concordatsbestimmungen zunächst den niederen Klerus berührte und interessirt, so versammelte sich, wie dem „Mähr. Corr.“ aus Wien berichtet wird, eine größere Anzahl von Mitgliedern des niederen Klerus in einem Privathause, um sich über die Hoffnungen der subalternen Geistlichkeit zu besprechen. Es wurden bei dieser Gelegenheit einstimmige Klagen über die Lage der niederen Geistlichen laut. Ihr Einkommen, hieß es, sei ein lärgliches; die Patronatsverhältnisse brächten ein eben so ungleichmäßiges, wie ungerechtes Vorrücken in die höheren Grade mit sich, und ganz besonders niederrückend sei das Bewußtsein, nicht, wie jeder Staatsbürger dem Staatsgesetz, sondern dem Bischofe in Allem und Jedem zu unterstehen, — eine Bestimmung des Concordats, welche in keinem Dogma des Christentums ihre Begründung finde. So einmütig man alles dieses aussprach, eben so entschieden stimmte man darin überein, daß von Seite der Versammlungen durchaus nichts in der Sache veranlaßt werden könne.

Die Versammlungen des Volksvereins in Losonec sind auf höhere Weisung suspendirt worden.

### Deutschland.

Dem großdeutschen Verein in Frankfurt a. M. wurde verboten, das Domizil seines ständigen Ausschusses dort aufzuschlagen.

Nach der Bundestagssitzung vom 20. d. versammelten sich die Mitglieder des Ausschusses, welchem die Prüfung des von Westreich und den Mittelstaaten gestellten Antrages für Berufung von Delegirten-Versammlungen übertragen ist, zu einer Berathung. Der Referent, der Bundesstaats-Gesandte Baierns, Frhr. v. d. Pföldten, legte den von ihm auf Grund der Berathungen des Ausschusses über diese Angelegenheit ausgearbeiteten Bericht vor. Die Berichterstattung an die Bundesversammlung selbst wird, dem Verner nach, nunmehr in einer der nächsten Bundestags-Sitzungen bewerkstelligt werden.

Der (beiden Großherzogthümern gemeinsame) mecklenburgische Landtag ist am 19. d. in Malchin eröffnet worden. Unter den Propositionen der beiden Regierungen findet sich auch der Antrag über Reformen im Steuer- und Soltwesen, in Betreff deren die Verhandlungen mit dem engeren Ausschusse noch viele Differenzpunkte übrig gelassen haben, deren Ausgleichung von dem Landtag erwartet wird.

### Frankreich.

Paris, 22. Nov. Die Einweihung des Boulevards du Prince Eugène soll jetzt wiederum vom 7. auf den historischen 10. December verlegt werden, da das neue Stück Emile Augier's „Le fils de Giboyer“, das wahrscheinlich bis dahin noch einen anderen Titel erhalten wird, erst am 8. Decbr. in Compagnie ausgeführt werden kann. Das gewaltige Melodrama der Porte St. Martin, Le Bossu, wird auch der Ehre einer Hof-Vorstellung gewürdiggt werden. — Die gelegentlich in der medicinischen Schule ausgebrochenen Unruhen verhafteten Studenten erscheinen heute vor dem Untersuchungsrichter. — Die Regierung soll mit dem Entwurfe zu einem Duell-Gesetze und der damit verknüpften Einführung von Ehregerichten beschäftigt sein.

In Paris sind noch immer beunruhigende Geschüfte verbreitet: Im Schloßtheater zu Compiègne soll man unmittelbar vor Beginn der Vorstellung, und zwar unter der Verkleidung von Polizei-Agenten sechs bis an die Zähne bewaffnete Ausländer ergriffen haben, von denen zwei der Sicherheitsbehörde sehr wohl bekannte Mazziniani sind.

Der König von Württemberg ist am 18. Nov. in Nizza angekommen.

### Großbritannien.

London, 22. Nov. Lord Palmerston ist vorgestern von Windsor wieder nach seiner Stadtwohnung

in London zurückgekehrt. Lord Brougham reist, dem Vernehmen nach, heute über Paris nach seinem Landgut bei Cannes in Frankreich, um in der dortigen milde Luft den Winter zu verbringen. Der Schaklanzer, Herr Gladstone, hat die Ehre der Wieder-Er wählung zum Rector der Universität von Edinburgh angenommen. Von den Sandwichs-Inseln ist die Nachricht eingetroffen, daß der jugendliche Erbe des Königs Kamehameha, ein Laufkind der Königin Victoria, am 25. August an einer Gehirn-Entzündung gestorben ist.

### Italien.

Aus Turin, 20. Novbr., wird der „R. 3.“ geschrieben: Die geistige Conferenz der Majorität, die von Farini, Begezzi und Guerrieri veranlaßt worden, um den Operationsplan gegen das Ministerium zu berathen, war von 140 Deputirten besucht, die sämmtliche Fractionen der Rechten vertraten. Ein Resultat wurde nicht erzielt. Man ging schließlich aus einander, ohne sich über irgend etwas geeinigt zu haben, weil man meinte, man müsse doch vorher die Befriedigung des Ministeriums hören. Eine neue Vorversammlung wird schwerlich zu Stande kommen. Das Resultat der Kammer-Debatte aber dürfte sein, daß Ratazzi weder ein Vertrauens- noch ein Tadel-Batum erhält und alsdann zu einer wesentlichen Modifizierung seines Cabinets schreitet, bei welchem er selbst jedoch die Präsidenschaft behalten würde.

In der Sitzung der Turiner Kammer vom 24. d. dauerte die Discussion fort. De Cesare tadelte Ratazzi, daß er es nicht verstanden habe, die Annexion Central-Italiens zu vollziehen. Pepoli antwortet, in em er bisher noch ungedruckte Documente cirt, die sonderbare (curiosi) Beweise dafür geben, was die Regierung bezwecke. Alfieri vertheidigt die Politik des Ministers rius.

Wie es heißt, wird Lamarmora nach Turin kommen, um in der Kammer persönlich die Verhaf tung der drei Deputirten zu verantworten.

In dem gestern erwähnten, einem Berliner Arzt über Garibaldi zugekommenen Schreiben aus Pisa heißt es ferner: Es heißt, der König solle morgen incognito in Pisa erscheinen, um den Kranken zu besuchen. Es ist ein Gericht, weiter nichts — aber Garibaldi sagte ganz kürzlich mit Bezug auf Italienio provo ancor uno — e se non mi riesce allora mi ritiro — (ich versuche noch eins, und wenn es mir nicht gelingt, dann ziehe ich mich zurück) — er fügte aber hinzu — ma mi riesco (aber es wird mir gelingen)."

Der ehemalige Generalsecretär Boschi ist von dem Turiner Geschworengericht freigesprochen worden. Anklage und Freisprechung, schreibt man der „Presse“, wie es scheint, unter der Pression der herrschenden politischen Verhältnisse erfolgt, und der stürmische Besatz, der sich nach der Bekanntmachung des Verdicts der Geschworenen im Auditorium geltend machte, möchte wohl zumeist der Befriedigung über die vergebliche Strengung des Ministeriums, den Angeklagten um jeden Preis zu opfern, gegolten haben. Der Unwill über das herrschende Regiment wirkte als vornehmstes Moment der Entscheidung. Fast alle Prozesse, die im Verlaufe der letzten drei Monate anhängig gemacht wurden und in naher oder entfernter Verwandtschaft mit den politischen Verhältnissen standen, nahmen einen ähnlichen Verlauf. Einige Deputirte werden auch diese Prozesse, zumal jenen gegen Acerbi, wegen ungesehlicher Werbung, im Hause zur Sprache bringen, um das Verfahren der von der Regierung willkürlich beeinflussten Behörden ins gehörige Licht zu setzen.

Der zu Neapel erscheinende Nomade schildert mehrere Gesichte, die in den letzten Tagen zwischen den Piemontesen und contrarevolutionären Banden stattgefunden haben, und sagt von den letzteren im Hinblick auf einen bei Poggio imperiale stattgehabten Kampf, in welchem die piemontesischen Truppen den Kürzeren zogen, daß ihre Führung eine ungemein geschickte Weise, und es daher sehr wahrscheinlich sei, daß ein Commissions-Bureau für das Landvoigturum gegründet werde. Wozzernyci hat aufgehört zu erscheinen.

Im Bezirk Palermo sind vom 1. Juni bis 25. October d. J. 6745 Verbrechen und Vergehen begangen worden, darunter 743 Mordthaten und Todtschläge.

Wie aus Rom, 18. d., geschrieben wird, ist die Mutter des Cardinals Antonelli nach einer langwierigen Krankheit im 84. Lebensjahr gestorben.

### Russland.

Aus Warschau erhält der „Gaz.“ theils sichere Nachrichten theils Gerüchte über Personalveränderungen in der höheren Beamtenphäre. Graf Sigmund Wielopolski soll Minister des Innern werden an Stelle des Herrn Keller's, der bereits seine Demission gegeben. Der Gouverneur von Radom, Alex. Ostrowski, soll in derselben Würde nach Warschau versetzt werden. Graf Roderich Potocki ist zum Stellvertreter des Staats-Secretärs für die Angelegenheiten des Königreichs in Petersburg, des unlängst zu der Würde nominirten bejahrten H. Legski, ernannt worden.

Die Rekrutenaushebung wird Mitte Jänner erfolgen. An einigen Orten, wie in Rybin (Gouvern. Plock), wurden die zur Supervision eingesetzten Commissionen von der Bevölkerung zersprengt. Gestern sollte in der Hochschule ohne feierliche Eröffnung der Lehrscours beginnen, zu welchem sich eine beträchtliche Anzahl Studenten gemeldet; in der juristischen Fakultät allein sind gegen 300 Schüler inscribirt.

### Griechenland.

Berichte aus Athen sprechen von dem bevorstehenden Ministerwechsel: Presse und Klubbs fordern Canaris zum Präsidenten der provisorischen Regierung, besonders ist es der Demokrat Rigas Phereos, welcher den gegenwärtigen Gewalthabern viel zu schaffen macht: Untererstes aber sollen auch im Schoße der Regierung anlässlich der Kundgebungen für den Prinzen Alfred Meinungsverschiedenheiten zu Tage getreten sein.

Die „Patrie“ hat Nachrichten aus Griechenland über die Fortschritte der Candidatur des Prinzen

Alfred. Das Casino der Kaufleute in Syra scheint der Mittelpunkt der Agitation zu sein. In allen Kaffeehäusern von Athen finde man das Bild des englischen Prinzen mit Laub und Borbein gezeigt. Die provvisorische Regierung habe sich dem diplomatischen Corps gegenüber noch über keine Candidatur ausgesprochen; sie sorge nur für Fortdauer der öffentlichen Ordnung bis zu den Wahlen am 22. December. Dabei klagt die „Patrie“ das englische Cabinet an, in Betreff der griechischen Throncandidatur doppeltes Spiel zu treiben. In London desavouire Lord John Russell dem bairischen Gesandten gegenüber die Candidatur des Prinzen Alfred und spreche sich für das Festhalten an den Stipulationen von 1830 und für einen Sohn des Prinzen Luitpold aus, während der englische Gesandte in Athen eine ganz andere Sprache führe (s. die gestrichen Neuesten Nachrichten).

### Amerika.

Aus Nordamerika bringt das Reuter'sche Bureau folgende, die telegraphisch gemeldete Enthebung des Generals McClellan von seinem Commando ergänzende Nachrichten vom 10. November: General McClellan ist des Befehles über das Potomac-Heer entthoben und durch General Burnside ersetzt worden. In einer neuerdings veröffentlichten Correspondenz bestätigt General Halleck, McClellan habe den ihm am 6. October ertheilten peremptorischen Befehl, über den Potomac zu gehen und den Conföderirten eine Schlacht zu liefern, nicht befolgt. Die Antwort McClellans auf diese Anklage lautet dahin, daß er den Fluß wegen Mangels an Proviant nicht habe überschreiten können. Halleck jedoch entgegnet darauf, alles, was McClellan verlangt habe, sei ihm geliefert worden, und seinem Vorrücken habe nichts im Wege gestanden. Im Heere hat die Absetzung McClellan's einen großen Eindruck gemacht. Die republikanischen Blätter billigen, die demokratischen tadeln dieselbe. 28,000 Conföderirte unter Breckinridge, die Nashville in Tennessee von zwei Seiten angreifen, wurden auf der einen Seite zurückgeschlagen; über das Ergebniss des Angriffes auf der andern Seite verlautet nichts.

Die Verheerungen, die der Secessionistendampfer U. S. Alabama unter den amerikanischen Handels Schiffen anrichtete, erregt noch immer große Unruhe. Unter den weggenommenen Schiffen befindet sich eins, welches sammt seiner Ladung britischen Eigentümern gehört, und diese haben Hrn. Archibald, den britischen Consul zu New York, davon in Kenntniß gesetzt. Letzterer hat darüber nach der westindischen Station an den Admiralial Milne telegraphiert.

### Local- und Provinzial-Nachrichten.

Krakau, 26. November. \* Heute früh um 10 Uhr fand in der Marienkirche ein feierlicher Trauergottesdienst für die verehrten Protectoren und Wohlthäter der Krakauer Kleinkinder bewahranstalten statt, zu welchen sich die Waisen und Zöglinge derselben versammelt hatten.

Vor kurzem wurde aus Lemberg von einer neuen unter Redaktion des Herrn Günsberg erscheinenden technisch-ländwirtschaftlichen Zeitschrift berichtet. Dieselbe zählt bis jetzt nur 30 Abonnenten, so daß, wie die „Gaz. Nar.“ meint, aus Mangel an Unterstützung die Herausgabe nach dem ersten Heft wird eingestellt werden müssen. Nach demselben Blatt ist eine neue Zeitschrift für die Landleute Ostgaliziens in ruthenischer Sprache und mit lateinischen Lettern, bis 1% Bogen, zweimal wöchentlich, projektiert. Die Redaction derselben würde gleichzeitig ein Commissions-Bureau für das Landvoigturum gründen. Das vor unlanger Zeit in Lemberg gegründete ruthenische literarische Blatt „Wozzernyci“ hat aufgehört zu erscheinen.

Bei Erweiterung der Keller in einem neu erbauten einstöckigen Häuschen auf dem Ringplatz in Brzezany wurden, wie man der „Gaz. Lw.“ meldet, am 19. d. drei Arbeitsteile verschüttet. Eine Rettung war um so schwieriger, als die Wand nach Einschlag der Fundamente über dem Abgrund hängend, jedem Nahenden mit dem Tode drohte. Endlich wurden die Unglücklichen herausgezogen, einer war völlig zerstört, der zweite erstickt, den dritten Verletzt hofft der Arzt beim Leben zu erhalten. Alle drei sind Familienväter.

\* Aus den Kaiserlichen Gewerken in Jaworzno erzeugte Kohle wird in nicht unbeträchtlichen Mengen nach Russisch-Polen exportirt. Mittelst der Eisenbahn werden nach Warschau allein 50,000 Zentner für diesen Winter verfrachtet.

### Handels- und Börsen-Nachrichten.

Die Kaiser Ferdinands-Nordbahn hat der österreichischen Staatsseisenbahn-Gesellschaft für die Beilegung der zwischen ihnen obwaltenden Differenzen Gegenpropositionen gestellt, welche im allgemeinen Umrisse nachstehende Punkte enthalten, als: 1. Die Feststellung einer den obwaltenden Verhältnissen entsprechenden Pauschalierung, pr. Wagen nach Maßgabe seiner Tragfähigkeit, für alle Frachten im Durchzugsverkehr zwischen der südlichen und der nördlichen Staatsbahn, ohne Rücksicht auf Classification, Gewicht und Art der darin verlasteten Frachtgüter, und 2. die thunlichste Annäherung der Nordbahntarife an jene der südlichen Staatsbahn im Verkehrs zwischen Wien und Ungarn über Marchegg.

Breslau, 22. November. Die heutigen Preise sind (für einen preußischen Scheffel d. i. über 14 Garne) in Pr. Silbergrossen — 5 kr. öst. W. außer Ago:

Weißer Weizen . . . . . 80 — 81 76 70 — 72  
Gelber " . . . . . 74 — 75 72 67 — 70

Roggen " . . . . . 56 — 57 55 53 — 54

Geste " . . . . . 39 — 40 38 36 — 37

Hafer " . . . . . 25 — 26 24 22 — 23

Erbsen " . . . . . 52 — 55 50 47 — 49

Rüben (für 150 Pf. brutto) . . . . . 235 — 223 — 209

Sommerrops . . . . . — — — — —

Preise des Kleesaamens für einen Zollzentner (89½ Wiener Pfund), preuß. Thaler (zu 1 fl. 57½ kr. öst. Währ. außer Ago):

bester mittler. schlecht.

Weißer Kleesaamen: bester . . . 13% — 14% guter . . . 12% — 13% mittler . . . 10 — 11 schlechter . . . 8 — 9%

Weißer Kleesaamen: bester . . . 18% — 19% guter . . . 16% — 18% mittler . . . 12% — 15% schlechter . . . 10 — 11%

Ziężew, 22. November. Die heutigen Durchschnittspreise waren in österreich. Währung: Ein Morgen Weizen: 3.62½,

— Korn 2.80 — Gerste 1.85 — Hafer 1.06½ — Erbsen 2.25

— Bohnen 2.23 — Hirse 1.80 — Buchweizen 1.60 — Kulturz 1. — Erdäpfel 1.80 — Eine Klafter hartes Holz 8.70 — weiches 6. — Ein Zentner Heu 1.40 — Ein Zentner Stroh 1.80

Tarnów, 22. November. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österreich. Währung): Ein Morgen Wei-

zen 4. — Roggen 2.60 — Gerste 1.75 — Hafer 1.15 — Erbsen 3.20 — Bohnen 2.25 — Hirse 2.10 — Buchweizen

2. — Kulturz 1. — Erdäpfel 1.80 — 1 Klafter hartes Holz 9.50 — weiches 7.25 — Butterflee 1.60 — Der Zentner Heu 1.50 — Ein Zentner Stroh 1. —

Bochnia, 22. November. Die heutigen Durchschnittspreise waren (in fl. österreich. Währ.): Ein Morgen Weizen 4.05 — Roggen 2.60 — Gerste 2.25 — Hafer 1.30 — Erbsen 1. — Bohnen 1. — Hirse 1. — Buchweizen 1. — Kulturz 1. — Erdäpfel 1.80 — 1 Klafter hartes Holz 10. — weiches 7.50 — Butterflee 1. — Ein Zentner Heu 1.20 — 1 Zentner Stroh 1. —

Biala, 22. November. Marktpreise in österr. Währ.: Ein Morgen Weizen 4.65 — Roggen 2.90 — Gerste 2.32 — Hafer 1.39 — Kulturz 1. — Erdäpfel 1. — Eine Klafter hartes Holz 10. — weiches 7.50 — Butterflee 1. — Ein Zentner Heu 1.10 — 1 Zentner Stroh 1. —

Krakau, 25. November. Auf dem heutigen Markt sind die Durchschnittspreise folgendermaßen: Ein Morgen Weizen 4.68½ — Korn 2.94 — Gerste 2.25 — Hafer 1.37½ — Kulturz 1. — Erdäpfel 1.10 — Eine Klafter hartes Holz 10. — weiches 7.50 — Butterflee 1. — Ein Zentner Heu 1.10 — 1 Zentner Stroh 1. —

Ber

# Amtsblatt.

N. 18437. Edict. (4324. 2-3)

Vom k. k. Tarnower Kreisgerichte wird mittelst ge-  
genwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider Fr.  
Henriette Kuczkowska oder deren allfällige, dem Leben  
und Wohnorte nach unbekante Erben, Mendel Lesko-  
witz in Tarnów unterm 20. Nov. 1862 z. 18437  
eine Klage angebracht wegen Zahlung des Wechselbetrags  
ges. 500 fl. d. W. f. N. G.

Da der Aufenthaltsort der Belangten oder deren Er-  
ben unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu deren  
Vertretung und auf deren Gefahr und Kosten den hiesi-  
gen Advokaten Hrn. Dr. Rosenberg mit Substitution  
des Advokaten Herrn Dr. Jarocki als Curator bestellt,  
mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der Wech-  
selordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach die Belange  
erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen,  
oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Ver-  
treter mitzuteilen, oder auch einen andern Sachwalter  
zu wählen und diesen k. k. Kreisgerichte anzuzeigen,  
überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vor schrif-  
mäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus  
diesen Verabsäumung entstehenden Folgen selbst bezu-  
messen haben wird.

Vom k. k. Kreisgerichte.

Tarnów, am 21. November 1862.

L. 3339. Edikt. (4318. 1-3)

Ces. król. Sąd miejsko-delegowany powiatowy w Rzeszowie podaje niniejszem do powszechnej wiadomości, że na podanie Wojciecha Pomianka de präs. 28 maja 1862 l. 3339 postępowanie sądowe względem uznania Jana Pomianka ze Trzciany od 40 lat niewiadomego, za zmarłego celem wprowadzenia pertraktacyji spadku po nim, wprowadzone zostało i że temuż Janowi Pomiankowi kurator w osobie c. k. notaryusa p. Jana Pogonowskiego ustanowiony został.

Wzywa się przeto wszystkich, którzy o życiu lub okolicznościach śmierci pomianionego Jana Pomianka jaką wiadomość mają, ażeby w tej mierze albo ustanowionemu kuratorowi albo temu c. k. sądowi doniesienie o tym w terminie trzech miesięcy uczynili.

Rzeszów, dnia 22 października 1862.

N. 17192. Obwieszczenie. (4325. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż pod dniem 30 października 1862 l. 17192 p. Sylwester Ostoya Sędzimir i p. Antonia z Małczewskich Cetnerowa, p. Karol Bialkowski, tak imieniem własnym, jakotż jako ojciec małoletniego Eugeniusza Leopolda 2 im. Bialkowskiego i p. Józef Wrześniak jadą opiekun małoletniej Alexandry Pomiankowskiej przeciw p. Kasprowi i Elżbiecie z Żeromskich małżonkom Okońskim co do życia i miejsca pobytu niewiadomym lub w razie ich śmierci spadkobiercom onychże toż samo co do życia i miejsca pobytu niewiadomym przez kuratora i edyktu o extabulacę prawa hipoteki 3 letniej dzierżawy dóbr Zaluze, tudzież tytułem czynszu dzierżawnego zapłaconej sumy złp. 15,000 dom. 45 pag. 64 n. 14 on. na tychże ciążącej skargę wniesli i o pomoc sądową prosili — w skutek czego termin do ustnej rozprawy naznacza się na dzień 5go marca 1863.

Ponieważ pobyt zapozwanych pp. Kaspra i Elżbiety z Żeromskich małż. Okońskich i ich spadkobierców co do życia i miejsca jest niewiadomym, przeto przeznaczył tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych pomienionych tutejszego adwokata p. Dra Hoborskiego z substytutą adwokata pana Dra Bandrowskiego na kuratora, z którym wniesiony spor według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzony będzie.

Tym edyktom przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami oso- bisco stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczenemu zastępcy udzielili lub też innego obrońce obrali i tutejszem sądowi oznajmili, ogólnie do bronienia prawem przepisane środki użyły, inaczej z ich opóżnienia wynikłe skutki sami sobie przy- piszą musieli.

Z Rady c. k. Sądu obwodowego.

Tarnów, dnia 12 listopada 1862.

N. 8491. Kundmachung. (4333. 3)

Vom 1. December 1862 angefangen, wird die Ein-  
hebung des Betrages von einem halben Kreuzer für jedes  
Coupon, welcher bisher von den Käufern als Equiva-  
lent für die Anstellungskosten entrichtet werden mußte,  
abgestellt und es haben die Käufer der Couverts von  
dem Tage an nur die Werthbeträge auf welche die Stempel  
laufen, zu entrichten.

Bon der k. k. galizischen Postdirektion.

Lemberg, am 15. November 1862.

N. 8491. Obwieszczenie.

Z dniem 1 grudnia 1862 znosi się pobór na  
pół grajcara za każdą kopertę, który dotąd od  
kupujących, jako ekwiwalenta za koszt sporzą-  
dzenia uiszczanym być musiał, i od tego dnia mają-

nabywcy kopert tylko kwotę wartości, na które  
temple opiewają, uiszczać.

Od c. k. galic. Dyrekcyi pocztowej.

Lwów, dnia 15 listopada 1862.

N. 1071 pr. Concurskundmachung. (4332. 3)

Bei dem Krakauer k. k. Landesgerichte ist eine Landes-  
gerichtsrathstelle mit dem Gehalte jährlicher 1470 fl.  
ö. W., in Erledigung gekommen.

Zur Besetzung dieser Stelle wird der Concurs mit  
der Frist von vier Wochen vom Tage der dritten Ein-  
schaltung in das Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ hier-  
mit ausgeschrieben, und die Bewerber aufgefordert, ihre  
Gesuche nach Anordnung des k. Patentes vom 3. Mai  
1853 Nr. 81 R. G. B. zu überreichen.

Die in Disponibilität befindlichen Bewerber haben  
überdies die Nachweisung zu liefern, mit welchen Bezü-  
gen und von welchem Zeitpunkte sie in die Verfügbarkeit  
getreten sind und bei welcher Kassa sie die Disponibili-  
tätsgenüsse beziehen.

Vom Präsidium des k. k. Landesgerichtes.

Krakau, am 20. November 1862.

N. 20887. Kundmachung. (4338. 3)

Laut der Kundmachung der k. k. galizischen Statt-  
halterei vom 20. October 1862 l. 67318 ist, zu Folge  
Erlasses des hohen k. k. Staatsministeriums vom 21.  
October 3. 5629/St.-M. im Grunde Allerhöchsten Ent-  
schließung Seiner k. k. apostolischen Majestät vom 18.

October d. J. das Ausmaß der im Krakauer Steuer-  
Verwaltungsgebiete für das Verw.-Jahr 1863 zu den  
directen Steuern einzuhebenden Aufschläge für die Landes-  
und Grundentlastungs-Erfordernisse provisorisch in  
dem für das Verw.-Jahr 1862 bestehenden Ausmaße,  
d. i. für das Landeserfordernis mit  $9\frac{5}{10}$  Neukreuzer,  
und für das Grundentlastungs-Erfordernis mit  $50\frac{5}{10}$   
Neukreuzer, von jedem Gulden der directen Steuern  
(ohne Einbeziehung des Kriegszuschlages) bis auf weitere  
Anordnung festgesetzt worden.

Die Steuerämter sind angewiesen diese Aufschläge re-  
gelmäßig, und im richtigen Verhältnisse zu den perzipit-  
ten Steuern, einzuhaben.

Bon der k. k. Finanz-Landes-Direction.

Krakau, am 17. November 1862.

N. 66062. Kundmachung. (4287. 8)

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß in  
Folge Allerhöchster Entschließung Seiner k. k. Apostoli-  
schen Majestät vom 10. October 1862 die Heeresergän-  
zung für das Jahr 1863 derart durchzuführen ist, daß  
dieselbe längstens bis Ende März 1863 beendet werde.

Das Contingent für Galizien mit Krakau beträgt  
wie im Vorjahr 12,115 Mann.

Die im Jahre 1842, 1841, 1840, 1839 und 1838  
Geborenen sind bei dieser Heeresergänzung zur Stelle g  
berufen.

Der zum Beginn der Verzeichnung der Militärpflichtigen  
bestimmte Tag ist der 1. November 1862.

Die Befreiung von der Stellungspflicht gelten nur  
für jene Heeresergänzung, für welche sie erlangt wor-  
den sind, müssen also vorkommenden Fällen bei dieser  
Heeresergänzung neuerlich angesucht bezüglich nachgewie-  
sen werden.

Die gesetzliche Frist zum Erlage der Militär-Befrei-  
ungstage für die in den fünf aufgerufenen Altersklassen  
Stehenden reicht im Sinne der h. Ministerial-Verord-  
nung vom 3. Juni 1860 (R. G. B. Nr. 158 ex  
1860) bis zum Tage des Beginnes der Amtshandlung  
der politisch-militärischen Befreiungs-Commissionen.

Berspätere Anbringen um Bewilligung zum Erlage  
der Tage werden unter keiner Bedingung berücksichtigt  
werden.

Hievon werden sämtliche im militärischen Alter  
Stehenden im Grunde des §. 4 des Amtsunterrichtes  
zum Heeresergänzungsgesetz verständigt, und die von ihrer  
Heimat mit oder ohne Bewilligung Abwesenden werden  
auf die Bestimmungen des Heeresergänzungsgesetzes vom  
29. September 1858 aufmerksam gemacht.

Bon der k. k. galizischen Statthalterei.

Lemberg, am 24. October 1862.

L. 66062. Obwieszczenie

Podaje się do powszechnej wiadomości, że  
w skutek najwyższego postanowienia Jego c. k.  
apostolskiej Mości z dnia 10 października 1862  
przeprowadzić się ma uzupełnienie armii na rok  
1863 w ten sposób, ażeby najdalej z końcem marca  
1863 ukończono zostało.

Kontyngent dla Galicyi z Krakowem wynosi:  
jak w upływowym roku 12115 ludzi.

Przy tem uzupełnieniu armii powołani są do  
stawienia się urodzeni w latach 1842, 1841, 1840,  
1839 i 1838.

Dniem przeznaczonym do rozpoczęcia konsygu-  
nowania obowiązanych do wojska jest dzień 1go  
listopada 1862.

Uwolnienia od obowiązku stawienia się ważne  
są tylko dla tego uzupełnienia armii, dla którego  
zostały osiągnięte, w wydarzającym się zatem wy-  
padku przy terraźniejszym uzupełnieniu armii po-  
winno się o nie upraszać ponownie a względnie  
udowadniać.

Prawny termin do złożenia taksy uwalniającej  
od wojska dla wszystkich należących do powyż-  
wyrażonych klas wieku sięga w duchu ministe-  
rialnego rozporządzenia z dnia 3 czerwca 1860  
(Dz. ust. p. Nr. 158 ex 1860) do dnia rozpoczęcia  
urzęduowania polityczno-wojskowej komisji  
uwolnienia.

Opóźnione podania o przyzwolenie do złożenia  
takcy pod żadnym warunkiem nie zostaną  
uwzględnione.

O czem na mocy §. 4 objaśnien urzęduów co  
do ustawy dla uzupełnienia armii zawiadamia się  
wszystkim znajdującym się w wieku obowiąz-  
nym do wojska, przyczem zwraca się uwagę wszys-  
kich za przyzwoleniem albo bez tegoż za granicę  
bawiących na postanowienia ustawy dla uzupeł-  
nienia armii z dnia 29 września 1859.

Z c. k. galic. Namiestnictwa.

Lwów, dnia 24 października 1862.

Getreide-Preise  
auf dem letzten öffentlichen Weizenmarkt in Krakau, in drei  
Gattungen klassifizirt.

Aufführung der Producete	Gattung I.		II. Gatt.		III. Gatt.	
	von fr.	bis	von fr.	bis	von fr.	bis
Der Mez. Wint. Weiz.	4.50	5-	-	-	4.37	-
" Saat-Weiz.	-	-	4.50	-	-	-
" Roggen	3-	3.12	-	-	2.75	-
" Gerste	2.59	2.60	-	-	2-	-
" Hafer	-	-	1.50	-	1.37	-
" Erbien	3-	3.12	-	-	2.75	-
" Hirsegrüze	4.75	5-	-	-	4.50	-
" Fasole	3.50	3.75	-	-	3.25	-
Mehl. Buchweizen.	-	-	-	-	-	-
" Hirse	-	-	-	-	-	-
" Winteraps.	-	-	-	-	-	-
" Sommerraps.	-	-	-	-	-	-
" Kartoffeln	1.	5	1.10	-	1	-
Gent. Heu (Wien. G.)	-	-	90	-	-	-
Stroh	-	-	75	-	-	-
1 Pd. fettes Mindfleisch	20	24	17	19	-	-
" mag.	18	22	15	17	-	-
Rind-Kugengefl.	-	-	30	-	28	-
Spiritus Garnic mit Bezahlung	-	-	2.60	-	-	-
do. abgezog. Branntv.	-	-	2	-	-	-
Garnier Butter (reine)	-	-	3.25	-	3	-
dito aus Doppelbier	-	-	-	-	-	-
1 Pd. Speck	-	-	50	-	48	-
" Salz	-	-	9	-	-	-
Hühner-Gier 1 Schock	-	-	1.25	-	1.20	-
Gerstengräze $\frac{1}{8}$ Mez.	45	50	35	40	-	-
Geschochauer dto.	-	-	1.20	-	-	-
Weizen	dto.	-	1	-	-	-
Perl	dto.	-	1.15	-	90	-
Buchweizen	dto.	-	90	-	85	-
Grießene	dto.</td					